

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

## Amtsblatt

Veröffentlichungsort: Riesa, Nr. 22.

Veröffentlichungsort: Riesa, Nr. 22.

Für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 270.

Sonnabend, 22. November 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Sonntags, gegen Verrechnung, 1.00 Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung an Postämtern einschließlich 1.10 Mark, monatlich 1.70 Mark. Anzeigen für die Nummer des Tagesabends sind bis 9 Uhr vormittags aufzunehmen und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wägen wird nicht übernommen. Preis für die 48 von heute, 2 mm hohe Grundchrift-Zeile (7 Zeilen) 45 Pf., Druckpreis 40 Pf., je nach Umfang und besonderer Satz 10%, Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Beste Karte. Demöglicher Rabatt erfolgt, wenn der Betrag vorläufig durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontostück, Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Die rechtliche Verantwortlichkeit für die Abdruckung der Artikel, die durch die Redaktion der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises, Rotationsdruck und Verlag: Langenscheidt, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Kühnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

### Öffentliche Versteigerung von Schlitten aus Vorratsbeständen in Reithain.

Bei den jeden Mittwoch und Donnerstag ab 1/9 Uhr vorm. in Reithain, Kruppen-Weidungsplatz - Gelände der Bezirksverwaltung - stattfindenden öffentlichen Versteigerungen von Vorratsbeständen mit Art werden namentlich auch neue Schlitten mit Art (Munitionsschlitten) mit und ohne Plans gegen sofortige Bezahlung an den Meistbietenden veräußert. Kriegsanleihe wird vom Schlittenführer zum Kennwert an Zahlungskassett angenommen (vergl. Bekanntmachung vom 20. 6. 1919, betr. Neuordnung des Verfahrens der Annahme von Kriegsanleihe beim Kauf von Vorratsgütern - Sächs. Staatszeitung vom 21. Juni 1919). Dresden, den 18. November 1919. 5810 D M 2 Reichsverwertungsamt, Landesstelle Sachsen. 12879

Mittwoch, den 3. Dezember 1919, vormittags 10 Uhr

findet im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft Großenhain

### Bezirksversammlung

statt. Großenhain, am 22. November 1919.

A. Die Amtshauptmannschaft.

### Rohlenbestandsaufnahme.

Den Hausbesitzern bzw. den Hausverwaltern werden Montag, den 24. November 1919 Fragebogen über die Rohlenversorgung ausgestellt werden. Die Hausbesitzer bzw. Hausverwalter werden ersucht, die Fragebogen alsbald nach Zustellung an die einzelnen Haushaltungen und Mieter von Gewerbe- und Geschäftsräumen im Grundstück zu verteilen. Die Fragebogen sind streng der Wahrheit gemäß auszufüllen und bis Mittwoch, den 26. November 1919 an den Hausbesitzer bzw. Hausverwalter wieder abzugeben. Die Hausbesitzer bzw. Hausverwalter haben die ausgefüllten Fragebogen von Donnerstag, den 27. November 1919 ab zur Abholung bereit zu halten. Diejenigen, welche einen Fragebogen nicht angestellt erhalten, aber im Besitze von Rohlen oder sonstigen Brennstoffen außer Holz sind und solche zu Hausgebrauch oder zum gewerblichen Verbrauch denitzen, sind verpflichtet, in unserer Polizeiwache einen Fragebogen abzugeben und nach ordnungsmäßiger Ausfüllung denselben bis Donnerstag, den 27. November 1919 dort wieder abzugeben. Falsche Angaben haben neben der auf dem Fragebogen angebrochten Strafe die Entziehung der nicht gemeldeten Rohlen zur Folge. Der Rat der Stadt Riesa, den 21. November 1919. Ohm.

### Vertikales und Sämisches.

Riesa den 22. November 1919.

— **Vortragsabend.** Freitag, am 28. November, spricht im Saale des Wettiner Hofes Herr Volrat Seyffert, der Schöpfer des Dresdener Museums für „Sächsische Volkshunde“, über volkstümliche Sitten und Gebräuche in unserm Vaterlande, wobei in Lichtbildern auch zahlreiche Volks-trachten vorgeführt werden. Der Seyfferts gemütvoller Vortrag, mit der er allen völkischen Erfindungen nachgeht, und seinen köstlichen Humor, der alle seine Schilderungen durchwärmert, wird sich freuen, den in demnachstigen hochbegabten Sprecher hier hören zu können. Herr S. Becker illustriert die Worte durch einige mundartliche Lieder zur Laute. (Veranstaltung des Vereins für Volksbildung und Kunstpflege.)

— **Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.** Der morgige Sonntag ist un-widerruflich der letzte Tag, an dem die Ausstellung hier zu sehen ist. Vormittags 11 Uhr findet die letzte öffentliche Führung für Frauen und Männer statt. Der Ausstellungssaal (Turnhalle der Karoliskirche) ist gebietet. Die Aus-stellung sei nochmals der allgemeinen Beachtung empfohlen.

— **Sparprämienanleihe.** Bezüglich der Ein-zahlung der deutschen Sparprämienanleihe sind Mißver-ständnisse in der Öffentlichkeit aufgeklärt, ob für jede 1000 M. Sparprämienanleihe der Betrag von 500 M. in Kriegsanleihe zur Bezahlung nur zugestanden ist, oder ob er angekauft werden muß. Es wird hierdurch wiederholt fest-gelegt, daß die Hälfte jeder einzelnen Zeichnung in Kriegs-anleihe gezahlt werden muß, jedoch also eine Zahlung der Gesamtsomme in bar unzulässig ist.

— **Belohnung.** Die Firma G. C. Brandt, hier, ist auf die Wiedererlangung des in der Nacht zum 20. ds. Mts. gestohlenen Treibriemens eine Belohnung von 500 Mark aus.

— **Küchelförderung von Gebäud. Bivis-internierter.** Das von den zurückgekehrten Bivis-internierten aus Frankreich und England zurückgelassene Gebäud. gelangt durch die Hamburg-Amerika-Linie zur Rückbeförderung. Wegen Rückverlangung ihres Gebäud. haben sich die Rückkehrer an die Abteilung Gefangenen-Gebäud. der Hamburg-Amerika-Linie in Hamburg zu wenden. Der erste Wagen mit Gebäud. ist nach einer Mitteilung des Landes-ausschusses der Vereine vom Roten Kreuz in Sachen aus Frankreich bereits auf dem Wege von Mainz nach Ham-burg, während das Gebäud. aus England erst zur Rückbe-förderung gelangt, wenn der Abtransport der Gefangenen aus England vollends erledigt ist, was in kurzer Zeit der Fall sein wird.

— **Vereidigung der Lehrer auf die Reichsverfassung.** Der Reichsverfassung der Kultus-ministeriums sind die Amtshauptleute und an Orten ohne Sitz einer Amtshauptmannschaft die Bürgermeister beauf-tragt worden, die Rektoren und Direktoren sämtlicher höherer Lehranstalten, sowie die Seminardirektoren, sämt-lich soweit sie nicht ihren Sitz in Dresden haben, und den Direktor der Landesschulbehörde Leipzig auf die Reichs-verfassung zu vereidigen. — Die Vereidigung der an den hiesigen Anstalten angeheulenen Lehrer und Beamten hat der Anstaltsleiter alsbald nach seiner Vereidigung vorzun-ehmen. — Die Vereidigung der Rektoren und Direktoren der nichtstaatlichen höheren Lehranstalten erfolgt durch die Dienstbehörden. Die Schulleiter der Volksschulen sind von der Gemeindevorstände (Bürgermeister oder Gemeindevor-sitzer) zu vereidigen, während die einem Schulleiter unter-geordneten Lehrer von diesem vereidigt werden, sofern nicht von dem Gemeindevorstand die Vereidigung schon vorgenom-

men hat. — Die Vereidigungen sind ungesäumt durchzu-führen.

— **Beihilfen für Kriegshinterbliebene.** Das Reichsarbeitsministerium stellt, wie von uns bereits berichtet, für notleidende Kriegshinterbliebene Beihilfen aus Reichsmitteln in Aussicht. Jedoch können diese nach den be-stehenden Vorschriften nicht auf alle Hinterbliebene von Kriegsgefallenen ausgedehnt, sondern nur an diejenigen abgegeben werden, die wirklich Not leiden. Deshalb kann auch die Höhe der einmaligen Beihilfen nicht für alle gleich sein. In erster Linie sollen Witwen mit Kindern, sowie Witwen mit Kindern und Kinderlose, ältere oder kranke Witwen diese Beihilfen erhalten. — Kriegshinterbliebene, die hierauf einen Anspruch auf Beihilfe zu haben glauben, können sich ungekündet, wie die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei mittelst, bei den britischen Fürsorgestellen unter Vorlegung der erforderlichen Papiere (Familiennachweise, Steuer-karte, Wohnortmeldefchein und sämtliche Rentenbe-scheide) melden. Wann und in welchem Umfang die Ver-teilung erfolgt, wird noch bekannt gegeben werden.

— **Gefängnis für Schwarzschlachten.** Die Justizverhandlungen gegen die Verurteilten über die Fleischschlachtungen haben — namentlich in Gestalt von sogenannten Schwarzschlachten — einen Umfang ange-nommen, der die Fleischversorgung der Gesamtbevölke-rung auf das schwerste gefährdet. Der Reichsarbeitsmini-ster hat deshalb durch Verordnung bestimmt, daß in allen Fällen verbotener Schlachtungen auf Gefängnis und Geldstrafe nebeneinander, nicht mehr, wie bisher nur wäh-rend der Kriegszeit, auf Gefängnis zu erkennen ist. — **Einfuhr von Knochenschlachten.** Ueber die Einfuhr von Knochenschlachten schweben zur Zeit im Reichs-wirtschaftsministerium Verhandlungen, die aber wegen der Salustafelung sehr schwierig sind, sobald bestimmte Aus-sichten über die Erlangung von Phosphaten noch nicht ge-macht werden können, obwohl Regierung und Industrie alles daran setzen, große Mengen Knochenschlachten im näch-ten Wirtschaftsjahr hereinzubekommen.

— **Salustafelung.** Der unabhängige Referent des sächsischen Wirtschaftsministeriums sprach sich vor Beeffe-vertretern über Salustafelungen aus. Als wirksame Abwehr-maßnahmen gegen die Verschleuderung der deutschen Ware an das Ausland und als Weg zur Hebung unserer Salustafelung dreierlei in Frage kommen. Der erste Weg, die Ein-fuhr des Ausfuhrverbots, ist kaum gangbar, weil dadurch die deutsche Exportindustrie wieder gelähmt würde wie während des Krieges. Der nächste Weg wäre die Selbst-hilfe der beteiligten Kreise der Exportindustrie. Es kö-nnten sich, wie es schon teilweise geschehen ist, zu Preisdon-tationen zusammenschließen und nach einem einheitlichen Maßstab die Preise festlegen. Aber auch das dürfte kaum ein wirksamer Schutz sein, da dieser Zusammenschluß nur freiwillig und nicht zwingend möglich ist. Es darf nicht verkannt werden, daß diese Konditionen zum Teil gute Wirkungen gezeigt haben; ein Hilfsmittel sind sie jedoch nicht. Ein solches ist nur zu erblicken im dritten Wege, der Erhebung von Ausfuhrzöllen. Die Ausfuhrzölle, auf die man zukommen müßte, brauchen nicht so hoch zu sein, um die volle Differenz zwischen Inlands- und Auslands-preisen voll zu ersetzen. Aber welche Höhe sollen erhoben werden, Verhältnisse oder spezifische Zölle? Der Zoll, die Erhebung nach dem Faktorenwert begünstigt die Schieber-verhältnisse, man wird auf die spezifischen Zölle, die Erhebung nach dem Gewicht, zu kommen müssen. Aber die tech-nischen Schwierigkeiten für die Erhebung sind außerordent-lich groß. Die sächsische Regierung hat sich deshalb auch vorläufig der Erhebung der Zölle nicht widerstand mit dem anerkannten Vorbehalt, daß dies nur eine vorläufige

Maßnahme ist. Bei den geplanten Zöllen mit einem Auf-schlag von 200 Prozent würden dem Reiche etwa 6-8 Milliarden Mark zufließen.

— **Begnadigung und Rechtsabrechnung.** Die die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei mittelst, ent-hält die Verordnung vom 29. September 1919 über das Verfahren in Strafbefehlssachen in dem jeden betaus-gegebenen sächsischen Justizministerialblatt über das Ver-hältnis zwischen Begnadigung und Rechtsabrechnung Din-weisungen, deren genaue Kenntnis viele Rechtsinhaber vor Schanden bewahren kann. Die die Verordnung mit Recht betont, entbehrt das Begnadigungsverfahren der Rechts-bürgschaften des Strafverfahrens, der Öffentlichkeit, Unbilligkeit und Unmittelbarkeit der Verhandlung sowie der freien Beweiswürdigung durch unabhängige Richter. In ihm kann kein Zwang auf das Erscheinen von Zeugen ausgeübt, auch einer Aussageverweigerung nicht entgegen-getreten werden. Beeidigte Aussagen können überhaupt nicht erlangt werden. Die Aufgabe des Begnadigungsver-fahrens ist notwendigerweise darauf beschränkt, Fragen und Unbilligkeiten zu beseitigen, welche sich aus der Anwendung des Strafgesetzes auf den einzelnen Fall und daraus ergeben können, daß nach der Rechtskraft einer Verurteilung neue Tatsachen wesentlicher Art eintreten oder bekannt werden, welche nicht im Wege des Wiederaufnahmeverfahrens zur Geltung gebracht werden können. Einwendungen gegen die Rechtfertigung, welche der Rechtfertigung im Strafverfahren vorbehalten konnte, können grundsätzlich im Begnadigungsver-fahren nicht beachtet werden. Begnadigungsbegehren sind kein Ersatz für Rechtsmittel oder Einspruch. Der einen Strafbefehl zugestellt erhält und begründete Einwendungen gegen die Bestrafung vorzubringen hat, muß daher rechtfertig (binnen einer Woche) Einspruch einlegen. Reines-falls darf er davon absehen, sein Vorbringen vor Gericht geltend zu machen. Im Gnadenwege kann ihm nicht ge-holfen werden.

— **Abgaben bei Hauschlachtungen.** Auf Grund der sich mehrenden Anträge auf Aufhebung der Verpflichtung zur Abgabe eines Schweinefleischs bei Haus-schlachtungen hat das Wirtschaftsministerium, wie es uns mittelst, mit mehreren der Antragsteller sowie Vertretern der Kommunalverbände und der Landwirtschaft eingehend beraten, ob diese Wünsche berücksichtigt werden können. Das Ergebnis war jedoch, daß dies wegen schwerer Bedenken nicht möglich ist. Bei einer Aufhebung der Abgabe kann es gar nicht ausbleiben, daß in kurzem auch die Verpflich-tung zur Abgabe eines ganzen Schweines bei solchen Selbst-versorgung, die mehr als ein Schwein besitzen, aufgehoben werden muß. Es würde zu einer gerechten Erbitterung führen, wenn man dem einen ein ganzes Schwein abfor-dern, dem anderen aber mit jeglicher Abgabe verschonen wollte. Jedenfalls würde ein großer Teil derjenigen Selbstversorger, die jetzt mehrere Schweine halten, künf-tig nur eins aufziehen, um der Abgabepflicht zu entgehen. Die Lage der Fleischversorgung in Sachsen ist aber so, daß auf die Schweinefleischabgabe aus Hauschlachtungen nicht verzichtet werden kann. Aus diesen und anderen Gründen muß es bei den bisherigen Bestimmungen vorläufig noch verbleiben.

— **Die Kartoffelversorgung hat sich, wie das sächsische Wirtschaftsministerium Pressevertretern gegenüber erklärt, durch die Witterung der letzten Wochen besonders ernst gehalten. Die Verpöfung der Ernte, sowie der früh einsetzende Frost haben die normale Verladezeit etwa um 8 Wochen gekürzt. Auf diese Weise ist ein Rückstand von etwa 3 Millionen Zentnern entstanden, und es hängt von der Witterung der nächsten Wochen ab, wieviel er wieder eingearbeitet werden kann. Die Witterung hat sich auch zur**







Nationalversammlung.

Präsident Scheidemann eröffnete die gestrige Sitzung um 10 Minuten. Auf der Tagesordnung stehen kleine Beschlüsse. Auf die Frage des Abg. Bader (D. Sp.) wegen Behandlung von Deutschen in den besetzten Gebieten wird regierungsfreudig geantwortet, daß die Reichsregierung bemüht sei, alle Maßnahmen zu treffen, um den Deutschen in den besetzten Gebieten die Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu erleichtern. Auf die Anfrage des Abg. Dellas (Dem.) wegen Beförderung von mittleren Beamten in geborenen Stellen der Reichsfinanzverwaltung wird regierungsfreudig geantwortet, daß mittlere Beamte in geborenen Stellen mit der Leitung von Finanzämtern betraut werden könnten. Doch sei der Geschäftskreis der Finanzämter wesentlich erweitert worden. Eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Philipp (Deutschnall.) wegen der Vertragsabstände für Gemälde wird regierungsfreudig dahin beantwortet, daß von der Reichshalle für Gemälde und Öle die berechneten Preise fast durchgängig wieder erhöht worden seien. Abg. Dr. Bader (D. Sp.) fragt nach dem Schicksal der deutschen Gefangenen in Rußland. Regierungsfreudig wird geantwortet, man hoffe, daß im europäischen Rußland die bolschewistische Regierung die kriegsgefangenen Deutschen lösen werde und daß dann die deutschen Gefangenen befreit würden. Für den Rücktransport aus Sibirien, Turkestan usw. beständen große Schwierigkeiten. Das Befinden der Gefangenen sei im allgemeinen befriedigend. Schweden habe die Rückführung der Gefangenen in Aussicht genommen. Abg. Bader (D. Sp.) fragt wegen schlechter Behandlung der Kriegsgefangenen durch ihre eigenen deutschen Vorgesetzten. Regierungsfreudig wird geantwortet, daß Offiziere hierbei nicht in Frage kommen könnten, da diese immer besonders untergebracht gewesen seien. Befragte wurden Fälle würden den Gerichten zur strafrechtlichen Verfolgung übergeben. Auf eine Anfrage des Abg. Gerimann (Dem.) wegen sprunghaftem Geben der Arbeitgeber gegen Arbeiter, die nicht den freien Gewerkschaften angehören, wird regierungsfreudig geantwortet, daß die Regierung darauf hinwirke, daß jede Arbeitskündigung habe die Gründe der in Betracht kommenden Verbände zu einer Besprechung eingeladen, da weitere gesetzgeberische Maßnahmen bevorstünden. Abg. Dr. Philipp (Deutschnall.) fragt an wegen brieflicher Überbringer von Telegrammen. Regierungsfreudig wird geantwortet, dringende Telegramme werden künftig telegraphisch befördert. Die Verwaltung ist dauernd um Besserung der Verhältnisse bemüht. Eine Anfrage des Abg. Dr. Mittelmann (D. Sp.) wegen Ermordung einer Arbeiterin durch einen französischen Soldaten im Saargebiete wird regierungsfreudig dahin beantwortet, daß die französische Regierung mitgeteilt habe, dieser Vorfall sei vollkommen erfunden. Sollte sich aber herausstellen, daß der französische Regierung kein schlüssiges Material vorgelegen habe, so werde die Regierung, die weitere Ermittlungen eingeleitet habe, ungenügend die nötigen Schritte veranlassen. Auf eine Anfrage des Abg. Schiele (Deutschnall.) wegen der Selbsttötung der Stadt Trier in der Kartoffelverfälschung gegenüber dem Erzieher wird regierungsfreudig dahin beantwortet, daß von einer Selbsttötung der Stadt Trier nicht gesprochen werden könne. Eine Anfrage des Abg. Warmuth (Deutschnall.) wegen zivilrechtlicher Ansprüche gegen die Soldatenräte wird dahin beantwortet, daß die Regierung nicht für geschwundene Handlungen der Soldatenräte haften. Abg. v. Maltwitz (Deutschnall.) fragt an wegen der Rückkehr des Generalfeldmarschalls von Raden. Regierungsfreudig wird geantwortet, daß die Regierung wiederholt die schärfsten Proteste erhoben und die Freilassung verlangt habe. Jetzt sei der Erfolg endlich da. Am 18. November wurde die Rückkehr von der französischen Regierung genehmigt. Sie werde auf dem Landwege über Italien erfolgen. Eine Anfrage des Abg. Dellas (Dem.) wegen Niederbringung schwebender Disziplinverfahren und Erlasses von Disziplinarstrafen wird dahin beantwortet, daß ein entsprechender Entwurf bei der Nationalversammlung eingebracht werde. Abg. Frau Dr. Schirmer (Deutschnall.) fragt an wegen der Hilfe für Wien. Regierungsfreudig wird geantwortet, daß der Rottlage abgeholfen werden solle, soweit das in Anbetracht der eigenen Lage möglich und zu verantworten sei. Die Verhandlungen darüber seien im Gange. Deutschösterreich wolle täglich 7000 Tonnen Rohöl aus Schiffeu geliefert erhalten, vorausgesetzt, daß die Wagengestellung ausreichend erfolge. Es folgt die Beratung des Berichtes des Wahlprüfungs-ausschusses über die Wahl des Abg. Simon-Franken im 24. Wahlkreis. Abg. Jubel (Unabh.) beantragt die Zurückverweisung an den Ausschuss. Nach längerer Besprechung wird der Antrag Jubel abgelehnt und der Antrag des Wahlprüfungs-ausschusses angenommen, die Wahl für gültig zu erklären. Nächste Sitzung Sonnabend nachmittag 1 Uhr. Reichsbad-geordnung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Niederlage des belgischen Militarismus.

Belgien hat, wie Frankreich, 5 1/2 Jahre auf Neuwohnen warten müssen, während sonst allweiljährig die Hälfte beider Kammern sich einer Erneuerung unterziehen mußte. Die belgische Regierung hatte aber einen durchschlagenden Grund für deren hinauschiebung als die französische: ein Belgien existierte während der vier Kriegsjahre so wenig wie ein Belgien existierte während der vier Jahrzehnte der babylonischen Gefangenschaft! Mit Ausnahme des winzigen Bipsels bei Verviers, der auch noch durch den Stellungskrieg völlig unbewohnbar geworden war, regierte die belgische Staatsleitung in partibus infidelium. Wenn die nunmehr, nach trübsaler Urkunde, vollzogenen Wahlen eine ungewöhnlich starke Verschiebung gebracht haben, so ist das nicht zu verwundern. In der Tat haben sie ein bemerkenswertes Ergebnis gezeitigt: den Zusammenbruch des dort zu Lande seit 35 Jahren herrschenden Militarismus! Unschöne Waise war der vorausgesagte worden, nun ist er über Nacht zur Tatsache geworden. Als im Juni 1914 den Liberalen ihre Herrschaft nach 16-jähriger Dauer entzogen wurde, rechneten sie bestimmt mit ihrer Weitergewinnung binnen längstens vier Jahren. Am 10. September, als die Militaristen ihren Sieg jüdelos auszuüben. Selbst Windhorst hat damals ihre Maßlosigkeit bitter getadelt, die sich bis zur Abschaffung der Schulpflicht verflieg. Freilich waren die Liberalen durch Überstürzung der Schulneubauten nicht unschuldig an ihrem Sturz gewesen: gegen die überstarke Belastung der kommunalen Haushalte durch solche Aufwendungen hatten sich die Wählergewinnler aufgeschlossen; ganz wie einst Herzog Adolfs „schwarzer Henning“ die Ursache für den Aufstand der Niederlande geworden ist und nicht sein sogenanntes Schwedens Regiment oder seine Achtung des evangelischen Glaubens. Aber nun beschworen auch die Panatiker der Rechte, Rechte und sein Anhang, durch ihr Antischulgesetz heilige Volkswesenungen heraus, die die Militaristen mit einem Schlag neuen Vor-

schwunge um so mehr bedrohten, als damals König Leopold im Lager ihrer Gegner stand. Wenn ihre Herrschaft nun doch zu sehr hohen Jahren gelangt ist, so rührt das wesentlich daher, daß es ihnen später gelungen ist, diesen nicht zu unterschätzenden Faktor in ihre Rechnung einzuflechten. Nach wiederholten Enttäuschungen hatten sich die Liberalen, unter Frey Orban und Bata, „doktrinären“ Liberalen durch ihr radikales Mitglied Jonon verfahren lassen, Anschluß an die Sozialisten zu suchen und deren durch Wahlreformen den Weg in die Kammer zu bahnen. Sie selbst hatten sie mit dieser Kameradschaft das eigene Grab geschaufelt. Zuletzt mußten sie bei den Wahlen um eine neue Wahlreform bestehen, die die Einführung des Stimmkreisrechtes — die in unserem Deutschland bloß in Sachsen (1908—1918) Nachahmung gefunden hat — da ihre Mandatszahl auf 3 herabgesunken war! Eben jenes Anwachsen des Sozialismus hatte aber auch den König Leopold in die Arme des Militarismus getrieben. Nach Leopolds Tode bröckelte die Rechte-Rechtlichkeit ab und wurde 1914, zwei Monate vor dem Kriege, so gefährdend gering, daß sie doch wahrscheinlich auch ohne den Krieg seine weiteren Bahnlänge überlebt haben würde. Rechtswort, daß sie jetzt in demselben Augenblicke zusammenbricht, da in dem Nachbarlande Frankreich ein „Auf nach rechts“ in die Erscheinung getreten ist! Für uns, im übrigen an Belgien innerpolitischer Entwicklung unbedingte Zuschauer ist der Vorgang doch besonders insoweit unerfreulich, als die von unseren Sympathien begleiteten belgischen Bestrebungen immerhin bei den Militaristen aber auch Sympathien rechnen durften als bei den mit Werk und Seele Frankreich ergebenden Liberalen. Von den Sozialisten, die wiederum die liberale Mandatschiffer um das Doppelte überflügelt haben, ganz zu schweigen; deren Charakter ist überlieferungsgemäß der russischen Bolschewistenart vermandt!

Frankische Blätterstimmen über das Wahlergebnis in Frankreich.

Zu der durch das Wahlergebnis in Frankreich gestellten Lage bemerkt „Homme Libre“: Die bolschewistische Gefahr ist beseitigt. Bleibt nunmehr noch die notwendige soziale Aktion, da, wie Clemenceau in Straßburg gesagt hat, die französische Revolution beendet werden muß. Es gilt, die vollständige Anerkennung des Rechts auf Arbeit in der souveränen Demokratie zu erreichen. Alfred Capus sagt im „Figaro“: Das allgemeine Stimmrecht hat auf der linken Seite alles befeitigt, was die Republik überleben wollte, um sie in Abenteuer zu stützen. Die wenigen unisitierten Sozialisten, die in die Kammer kommen, sind ohne Volkautorität, ohne Führer und ohne Lehre (Doctrin). „Clair“ hebt besonders den Erfolg der Sozialdemokraten im Norden Frankreichs hervor, dessen Ursache Jules Guesde sei, ein Franzose von guter Klasse, der den Kosmopolitismus der Demagogen verachte. Marcel Cachin, der wieder gewählt ist, sagt in der „Humanität“: Niemals zuvor habe der Sozialismus mit gleicher Klarheit das Land aufgefordert, sich über sein radikales soziales Reformprogramm auszusprechen. In der Presse wurde erklärt, sie ist es noch. Wegen uns stand ein ungeheures Organ, La Presse de Paris, das in acht Millionen Exemplaren verbreitet wurde und nur die einzige Bestimmung hatte, uns zu bekämpfen. Und nun ist eine Kammer der Großkapitalisten, Bankiers und Kriegsgewinnler gebildet worden, die sich ansieht, die Laiengesetze zu revidieren und die nicht zustande sein wird, die notwendigen und schwersten wirtschaftlichen Fragen zu lösen. Sie wird von einem Mann geleitet, dessen einzige Politik die Gewalt gegen die organisierte Arbeit ist. Wir haben keinen Tag zu verlieren, um unsere Klassenorganisationen zu verstärken. Lassen wir der Bourgeoisie die Freude am Triumph. Sie weiß sehr genau, daß der 16. November und den unermesslichen Ereignissen näher gebracht hat, die die Geschichte der Menschheit von morgen vorbereiten.

In der „Bataille“ sagt Gewerkschaftssekretär Marcel Laurent, die Lösungen, die man Ende voriger Woche erwarten konnte, seien vorerst unmöglich geworden. Wenn auch gewisse Leute die Art und Weise, wie das Land gesprochen habe, in ihrem Sinne deuteten, so dürften sie nicht vergessen, daß die Arbeiterorganisation, wenn sie es wolle, morgen das Wort ergreifen könne. Jean Bonquet schreibt im „Populaire“: Die sozialistische Partei hat wenigstens 1 700 000 Stimmen erlangt, und unter diesen Bedingungen hat unsere Partei, deren Kraft sich in einem solchen Umfang vergrößert hat, mit zusehen müssen, daß die Anzahl ihrer Mandate um wenigstens ein Drittel verringert wurde. Es sind die Leute, die gegen uns sind, sich zur Demokratie zählen und für das allgemeine Stimmrecht eintreten, die uns anlagten, diesem Regime irgendeine Diktatur einer Minderheit gegenüberstellen zu wollen. Und ihr System endet mit dieser Diktatur der Wahlbestimmung. In unserem großen Arbeiterreich in Paris und in seiner Umgebung haben wir mehr als 265 000 Stimmen erlangt, und auf diese entfallen alles in allem 10 Abgeordnete, während die 380 000 Stimmen des nationalen Blochs ihm 36 Erwählte zuführen. In der „Deure“ wird darauf hingewiesen, daß Gustave Terp in einer komischen Bemerkung feststellte, daß die Wähler 36 000 Stimmen für ihn abgegeben hätten, für Leon Daubet, den Sozialisten, 19 000 Stimmen. Daubet sei aber gewählt worden, er nicht. Die „Lanterne“ stellt fest, Clemenceau habe jetzt die Mehrheit, die er in Straßburg verlangt habe. Er habe alles in Händen, um Frankreichs Glück zu machen: keine Lebensversicherung mehr, keine Transporthilfe, kein finanzielles Debacle. Endlich das Herausziehen eines neuen goldenen Beitzahlers!

„Journal des Debats“ schreibt: Unser Land hat sich ausgesprochen. Es hat den Bolschewisten glatt den Weg zum Parlament verweigert und die Vordränger der sozialen Umwälzungen und des Bürgerkrieges ausgeschlossen. Wenn Deutschland auf die Entwicklung der revolutionären Ideen bei den anderen rechnet, um seine Niederlage wieder gut zu machen, so wird es enttäuscht sein; Frankreich hat klar gezeigt, daß es sich nicht seit fünf Jahren gerettet hat, um dem Ruin und dem Elend, das der Bolschewismus nach sich zieht, zu verfallen.

„Temps“ schreibt: Die französischen Wahlen gewährleisten den Weltfrieden. Die weniger durch den Krieg mitgenommenen Nationen müssen Frankreich das Vertrauen entgegenbringen, daß es verdient, und dieses Vertrauen kann sich praktisch nur äußern durch Kredit. Frankreich Kredit gewähren, heißt der gesamten Menschheit einen Dienst erweisen. Riegers Plan einer internationalen Verhandlung zur Regelung der Kurstange ist unausführbar. Die deutsche Regierung hat durch ein jüngst veröffentlichtes Communiqué bewiesen, daß sie sich nicht in dem erforderlichen Geisteszustande befindet. Der Londoner „Economist“ hat nachgewiesen, daß derartige Valutaverzinsungen, die den Kurs stabilisieren sollen, selbst

nicht unter den Illustrierten ausführbar sind. Man muß begrenzte Vereinbarungen von Land zu Land treffen.

Das Friedensdatum.

Es wird mal wieder ein Datum angesetzt, bis zu welchem der Friedensvertrag endgültig in Kraft treten soll, seitdem es durch den Zurückzieher Wilsons denkbar geworden ist, daß Amerika nicht im Entzweiten daran denkt, den unter amerikanischer Aufsicht stehenden Vertrag nun auch wirklich zu ratifizieren. Möglich mag immerhin sein, daß der sogenannte Oberste Rat wirklich im Monat Dezember einen Anlauf nimmt und einen Akt in die allmählich zur Rombe gewordenen Tragödie herbeiführt. Aber auch dieser würde wenig zu sagen haben. Die uns heute am meisten am Herzen liegende Frage unserer Kriegsgefangenen hätte dann vielleicht Aussicht auf endliche Regelung — aber allmählich müssen wir den Sinn der Entente, und vor allem den Frankreichs, doch genugsam erkannt haben, um auf diese Aussicht auch dann noch nicht feste Hoffnungen aufzubauen. Nur des einen können wir gewiß sein: sehen die beiden Hauptmächte Frankreich und England den Friedensvertrag nun endlich vertragsgemäß in Kraft, so werden sie das zum Anlaß für irgendwelche Forderungen nehmen, aus deren Nichterfüllung durch uns sich für sie die bequeme Handhabe ergibt, den Krieg unbedenklich auch im Frieden fortzusetzen. Das Datum, das den Tag festsetzt, an dem der Frieden ratifiziert wird, bleibt gänzlich ohne Einfluß auf den Termin, an dem der Frieden tatsächlich eintritt. Dieser Termin liegt noch in einer fernen, fernen Zukunft...

Die man in Frankreich über die Salutofrage denkt.

Eine der letzten Nummern des bekannten englischen Handelsblattes Financial Times bringt einen Bericht aus Paris, der sich mit der Frage der französischen und der deutschen Valuta beschäftigt. Der Bericht führt aus, daß auch der französische Frank sich mehr und mehr entwertet und zwar vor allem deshalb, weil die Produktivkraft sich verschlechtert oder zumindest nicht rasch genug erholt. Der Verfasser meint, man brauche sich nicht darüber zu wundern, wenn noch vor Jahresende das Pfund Sterling mit sechzig Frank und der Dollar mit neunundhalbzig Frank bezahlt werden würde. Das Sinken des Frankwertes gegenüber dem Dollar und dem Pfund Sterling hat eine beträchtliche Anzahl französischer Ausfuhrhäuser veranlaßt, sich in Italien und Deutschland nach Dingen umzusehen, die sie bisher gewohnt waren, aus England und Amerika zu beziehen. Der Verfasser des Artikels glaubt stellen zu können, daß die Preise in Deutschland (im Verhältnis zur geringen Kaufkraft der Mark im Ausland) viel niedriger seien, als man erwarten würde, eine Bemerkung, die uns wieder zeigen kann, daß wir in ganz anderer Weise, als es bisher geschieht, unsere entwertete Währung im Preise der an das Ausland zu verkaufenden Waren ausnützen müßten. Im übrigen dringt auch in Frankreich nach dem obigen Bericht mehr und mehr die Erkenntnis durch, daß eine immer härtere Verschlechterung der deutschen Valuta nicht im Interesse derjenigen Länder liegt, welche von Deutschland eine Kriegenschatzung erwarten. Auch besteht nach den Mitteilungen des Berichterstatters bei vielen französischen Geschäftsleuten die Ansicht, daß Länder mit einer entwerteten Währung, aber riesigen wirtschaftlichen Möglichkeiten, dazu neigen müssen, lieber miteinander Handel zu treiben, statt mit Ländern, in denen die Devisenkurse ihnen sehr ungünstig sind. Danach scheint auch in Frankreich allmählich die Meinung Fuß zu fassen, daß man sich auf die wirtschaftlichen Interessen, die zwischen Deutschland und Frankreich bestehen, besinnen müsse, anstatt nur dem politischen Gefühle freien Lauf zu lassen. Jedoch ist der französische Gefühlsmensch und wird den doch letzten Endes doch immer über die Vernunft obliegen lassen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Verschärfung der Kohlensteuer. Der „Velpa. N. N.“ wird aus Berlin gemeldet: Nach den neuesten Angaben, die von ausländischer Seite über die Kohlenalamität gemacht werden, ist die Situation unserer Industrie durch die Unmöglichkeit ausreichender Kohlenlieferungen noch ernstlicher geworden. Während im Vorjahre noch 50—60 Prozent der Kohlen an die Industrie geliefert werden konnten, sind jetzt nur noch 30 Prozent an die Industrie geliefert worden. Es wird aber noch eine weitere Einschränkung Platz greifen müssen, und zwar werden nur noch die wichtigsten Zweige, die Stahlfabrikation, die Dingenmittelindustrie, die Textil- und die Ernährungsmittelindustrie mit Kohle beliefert werden können. Daneben noch diejenigen Industriezweige, die der Herstellung von Lokomotiven dienen. Alle übrigen Industriezweige werden vorübergehend stillgelegt werden müssen. Diese Stilllegung kann natürlich nur auf kurze Zeit erfolgen, wenn sie nicht den Zusammenbruch der gesamten Industrie zur Folge haben soll, und darf nur so







**Conditorei und Café Wolf** empfiehlt seine freundlichen Lokalitäten.  
 Konditorei Conditorei — — St. Sebaste. — — Feinste Konditorei-Pflanzen (ausgezeichnete Schokolade). — — Es ladet dazu freundlichst ein **Frau Wolf**.

**Belohnung aller Art.**  
 Für die Belohnung aller Art.  
 Belohnung aller Art.  
 Belohnung aller Art.

**Stabierstimmer**  
 Stabierstimmer  
 Stabierstimmer  
 Stabierstimmer

**Seidenstoffe**  
 Seidenstoffe  
 Seidenstoffe  
 Seidenstoffe

**Erfinden**  
 Erfinden  
 Erfinden  
 Erfinden

**Reparaturen**  
 Reparaturen  
 Reparaturen  
 Reparaturen

**Dachspäne, Dachpappe,**  
 Dachspäne, Dachpappe,  
 Dachspäne, Dachpappe,  
 Dachspäne, Dachpappe,

**Zündhölzer**  
 Zündhölzer  
 Zündhölzer  
 Zündhölzer

**Kainit**  
 Kainit  
 Kainit  
 Kainit

**Hafer, Heu**  
 Hafer, Heu  
 Hafer, Heu  
 Hafer, Heu

**Stroh**  
 Stroh  
 Stroh  
 Stroh

**Albert Wehlhorn**  
 Albert Wehlhorn  
 Albert Wehlhorn  
 Albert Wehlhorn

**1 Militärmantel**  
 Militärmantel  
 Militärmantel  
 Militärmantel

**Blauer Waffenrock**  
 Blauer Waffenrock  
 Blauer Waffenrock  
 Blauer Waffenrock

**Steinherr-Konzert**  
 Steinherr-Konzert  
 Steinherr-Konzert  
 Steinherr-Konzert

**Fußball-Wettkämpfe**  
 Fußball-Wettkämpfe  
 Fußball-Wettkämpfe  
 Fußball-Wettkämpfe

**LOSE**  
 LOSE  
 LOSE  
 LOSE

**Gute Bilder!**  
 Gute Bilder!  
 Gute Bilder!  
 Gute Bilder!

**Verkaufs-Ausstellung**  
 Verkaufs-Ausstellung  
 Verkaufs-Ausstellung  
 Verkaufs-Ausstellung

**Bringt alle entbehrlichen Kleidungs- und Bekleidungs- und Schuhwaren zur Ablieferung bei den amtlichen Annahmestellen!**  
 Bringt alle entbehrlichen Kleidungs- und Bekleidungs- und Schuhwaren zur Ablieferung bei den amtlichen Annahmestellen!  
 Bringt alle entbehrlichen Kleidungs- und Bekleidungs- und Schuhwaren zur Ablieferung bei den amtlichen Annahmestellen!  
 Bringt alle entbehrlichen Kleidungs- und Bekleidungs- und Schuhwaren zur Ablieferung bei den amtlichen Annahmestellen!

**Städtebund-Theater**  
 Städtebund-Theater  
 Städtebund-Theater  
 Städtebund-Theater

**Der Freischütz**  
 Der Freischütz  
 Der Freischütz  
 Der Freischütz

**Lamms Restaurant, Röderau.**  
 Lamms Restaurant, Röderau.  
 Lamms Restaurant, Röderau.  
 Lamms Restaurant, Röderau.

**Gasthof Glaubitz.**  
 Gasthof Glaubitz.  
 Gasthof Glaubitz.  
 Gasthof Glaubitz.

**Röderau.**  
 Röderau.  
 Röderau.  
 Röderau.

**Bahmanns Gasthof, Nünchritz.**  
 Bahmanns Gasthof, Nünchritz.  
 Bahmanns Gasthof, Nünchritz.  
 Bahmanns Gasthof, Nünchritz.

**Berners Weinstuben, Lichtensee**  
 Berners Weinstuben, Lichtensee  
 Berners Weinstuben, Lichtensee  
 Berners Weinstuben, Lichtensee

**Drehstrommotore mit Kupferwicklung**  
 Drehstrommotore mit Kupferwicklung  
 Drehstrommotore mit Kupferwicklung  
 Drehstrommotore mit Kupferwicklung

**Zur Trocknung**  
 Zur Trocknung  
 Zur Trocknung  
 Zur Trocknung

**Paul Volgt**  
 Paul Volgt  
 Paul Volgt  
 Paul Volgt

**Schnitt Weinstuben**  
 Schnitt Weinstuben  
 Schnitt Weinstuben  
 Schnitt Weinstuben

**Restaurant Schlachthof**  
 Restaurant Schlachthof  
 Restaurant Schlachthof  
 Restaurant Schlachthof

**Töchter-Heim**  
 Töchter-Heim  
 Töchter-Heim  
 Töchter-Heim

**Oele, Fette**  
 Oele, Fette  
 Oele, Fette  
 Oele, Fette

**Fahrrad-Mäntel und -Schläuche**  
 Fahrrad-Mäntel und -Schläuche  
 Fahrrad-Mäntel und -Schläuche  
 Fahrrad-Mäntel und -Schläuche

**Sir Ziegenfelle**  
 Sir Ziegenfelle  
 Sir Ziegenfelle  
 Sir Ziegenfelle

**Martin Schniebs**  
 Martin Schniebs  
 Martin Schniebs  
 Martin Schniebs

**Zöpfe**  
 Zöpfe  
 Zöpfe  
 Zöpfe

**Otto Heil**  
 Otto Heil  
 Otto Heil  
 Otto Heil

**Zinn, Blei**  
 Zinn, Blei  
 Zinn, Blei  
 Zinn, Blei